



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anfertigungsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilagen 1/4 Sgr.

Expedition: Serrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 104. Mittags-Ausgabe.

Sechshundertvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 3. März 1863.

Telegraphische Depesche.

Karlsruhe, 2. März. Die großherzogliche Regierung hat früherem Vernehmen nach dem Spielpächter in Baden-Baden zum Jahre 1867 gekündigt.

Ischew, 2. März. Baron Blome begründet in der Ständeverammlung seinen am 28. v. M. angemeldeten Antrag auf eine Berufung an den Bundestag. Von Verhandlungen mit der Regierung sei nichts mehr zu hoffen; Deutschland sei in Ehren verpflichtet, Schutz zu gewähren. Sämmtliche Mitglieder unterstützen den Antrag. Der Commissarius der Regierung erklärt, daß er den Verhandlungen darüber nicht beiwohnen werde.

Preußen.

Berlin, 2. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Major a. D. Grafen v. Herzberg auf Eutin, im Kreise Neustettin, und dem General-Artz Dr. Goppe beim Medicinal-Stabe der Armee, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse, dem Oberförster Fising zu Klein-Wasserburg in der Hausfideicommiss-Herrschaft Wusterhausen, das Kreuz der Ritter des königlichen Hausordens von Hohenzollern, so wie dem Förster Möbus zu Neufelke im Kreise Schweinitz, dem Hegemeister Heinrich zu Leubusch im Kreise Breg, dem Theater-Billet-Einnehmer Günther zu Berlin und dem Kreisgerichtsboten und Exekutor Wilhelm Fehner zu Petershagen das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem zweiten Vorstands-Beamten des Bank-Comptoirs zu Münster, Bank-Rendanten Hartmann, den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

[Bekanntmachung.] Die Candidaten der Baulehre, welche in der ersten diesjährigen Prüfungsperiode die Prüfung als Bauführer oder Privat-Baumeister abzulegen beabsichtigen, werden hiermit aufgefordert, vor dem 28. März d. J. sich schriftlich bei der unterzeichneten Behörde zu melden und die vorchriftsmäßigen Nachweise und Zeichnungen, so wie ein curriculum vitae einzureichen, worauf ihnen wegen der Zulassung das Weitere eröffnet werden wird. Meldungen nach dem 28. März d. J. können nicht berücksichtigt werden. Berlin, den 2. März 1863. Königliche technische Bau-Deputation.

Berlin, 2. März. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem General-Lieutenant v. Kleist, Commandeur der 15. Division, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen t. S. ihm verliehenen Großkreuzes des Hausordens vom weißen Falken zu erteilen. Nachstehende allerhöchste Cabinets-Ordre:

Im Verfolg Meiner Ordre an das Staats-Ministerium vom 18. Jan. d. J. und Meiner an Sie gerichteten Ordre vom 15. d. M. lade Ich hierdurch sämmtliche im Inlande und im Auslande wohnenden Ritter und Inhaber des eisernen Kreuzes beider Klassen zum 17. März d. J. in Berlin zu Meiner Tafel. Sie haben diese Meine Einladung zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Berlin, den 25. Februar 1863.
(gez.) **Wilhelm.**
Berlin, den 28. Februar 1863.

Der Vorsitzende des Comités für die Feier des 17. März 1863.
General-Feldmarschall
v. Wangel. (St. A.)

K. C. Berlin, 2. März. [Die Militärcommission] hielt heute ihre erste Sitzung. Kein Minister war erschienen; das Kriegsministerium war durch drei Commissarien, das Marineministerium durch einen vertreten.

Referent v. Fordenbed gab zunächst eine kurze Geschichte der bisherigen Verhandlungen des Landtages über die Militärfrage. Es seien jetzt über drei Jahre vergangen, seitdem die Regierung zuerst unter dem 10. Februar 1860 mit einem Gesetzentwurf in dieser Beziehung vor den Landtag getreten sei. Es wurde der Inhalt dieses Entwurfes, der Inhalt des Gegen-Entwurfes der Commission vom Jahr 1860, die Verhandlung des Jahres 1861, die Novelle vom 14. Januar 1862 kurz angegeben, und des Beschlusses über Abhebung der Wehrkosten für die Kriegsbereitschaft des Jahres 1862 gedacht und dann nach einer abweichenden Kritik der Motive des gegenwärtigen Gesetzentwurfes zur Beurteilung desselben übergegangen. — Referent bezeichnete denselben als vollständig und in jeder Beziehung unannehmbar. Schon wegen formeller Mängel. Jedes Gesetz über die allgemeine Kriegspflicht müsse für den Einzelnen klar verständlich sein, da es demselben schwere Verpflichtungen auferlege. Von diesem Geiste seien das Gesetz von 1814, die Landwehrverordnung von 1815, 1819 u. dicit. An dem vorliegenden Gesetzentwurf habe kein Jurist mitgearbeitet, höchstens ein solcher, dem die früheren Gesetze gegen die Militär militärischen Belieben unbenommen gewesen seien. Die Novellenform sei überhaupt nicht zu billigen, am allerwenigsten die vorliegende, welche nicht bezeichne, was Recht bleibe, was aufgehoben werde. Das Gesetz sei voll zweifelhafter Fassungen. Es gebe überdies weit über den Zweck selbst, Legalisirung der Reorganisation, hinaus. Es würde alle jungen Männer vom 20.—24. Jahre ganz beliebig der Militärherrschaft zur Disposition stellen, ja bei den unbestimmten Worten des § 9 alle Männer bis zum 36. Jahre. Es fehle an aller Angabe der Bedingungen der Wehrpflicht resp. der Wehrfähigkeit, der jährlich auszubehenden Zahl der Wehrpflichtigen. — Gegenüber einer Regierung, die die Grundlagen der Verfassung wegdeute, müsse man misstrauisch sein. Ein Gesetz, welches indirekt die verfassungsmäßige Freiheit des waffenfähigen Theiles der Nation in seinen Konsequenzen aufheben könne, deshalb auch in seinen Konsequenzen die Idee der allgemeinen Wehrpflicht gefährden könne, sei vollständig unannehmbar.

Referent erklärte sich ferner aus dem im Jahre 1862 hervorgehobenen finanziellen, volkswirtschaftlichen und technischen Gründen gegen die Reorganisation selbst. Sei sonach das Gesetz selbst ohne eine wesentliche und gänzliche Umgestaltung ganz unannehmbar, so entstehe die Frage, ob amenable oder lediglich zu verwerfen. Er sei für die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit, Feststellung eines jährlichen Contingentes aus den Wehrpflichtigen, gesetzliche Feststellung der Rekrutenpflicht, Aufrechterhaltung, aber Erleichterung der Landwehr und Sicherung der rechtlichen Stellung der Rekruten und Landwehrmänner gegenüber der Militär-Gerichtsbarkeit. Einer Erhöhung der Rekrutierung, gegenüber der bis 1860 bestanden, sei er nicht abgeneigt. Es sei aber zu erwägen: a) ob der gegenwärtigen Regierung gegenüber, welche die Grundlagen der Verfassung bedrohe, eine solche Amendment rathsam sei, wenn es auch wünschenswerth sei, positiv die Forderungen und Bedürfnisse des Landes auszusprechen, und sich nicht mehr auf die Negative zu beschränken. Es sei ferner b) fraglich, ob bei den ganz mangelhaften Motiven, die nichts Thatsächliches enthalten, eine solche vernünftige Amendment möglich sei. Er behalte sich sein Votum in dieser Beziehung bis zum Schlusse der General-Diskussion und bis nach den Erklärungen der Staatsregierung vor.

Abg. Tadel: Die Novelle verwandle unser Volkstheuer in ein Soldatenheer; deshalb sei sie pure zu verwerfen, indes sei er aus Rücksicht auf das Land für den Versuch einer Amendment, um genau die Streitpunkte darzulegen.

Abg. Stavenhagen protestirte gegen die Behauptung der Motive, daß das Haus 1861 die Organisation gutgeheißen habe, die für die Dienstzeit sei ausdrücklich als Bedingung der dauernden Genehmigung hingestellt, andererseits die Verminderung der Cadres gefordert. Die Novelle zerstöre die Landwehrbataillone, welche nach dem Gesetze von 1814 selbstständig gedacht seien. Der sogen. Erleichterung der älteren Jahrgänge der Landwehr stehende die vermehrte Rekrutenaushebung gegenüber. In jedem Falle, wo die Bataillone auf Kriegsstärke gebracht werden sollten, müßten Landwehrmänner herangezogen werden; die Friedensstärke eines Bataillons sei 534 Mann; jährlich 160 Rekruten, also für vier Jahrgänge 640 Rekruten, davon 12 1/2 pCt. d. h. 80 Mann Abgang, bleiben 560 Mann; macht mit dem Stamm (534) zusammen 1074 Mann, bleiben also nur 92 Mann für Ersatzbataillone, eine Zahl, die so gut wie nichts sei. — Ein Rekrutierungsgesetz halte er auch für durchaus nothwendig. Die strategische Lage Preußens sei gegen 1815 unver-

ändert, erfordere also an sich keine Vermehrung des Heeres. — Von allen den Mitteln, welche die Majorität 1861 zur Ausgleichung aufgeführt und vorgeschlagen habe, sei von der Regierung nicht eines berücksichtigt, von den Vorschlägen zur Verminderung der großen Kosten für das Heerwesen sei keine Notiz genommen; die Regierung habe nicht einen Pfennig von ihren Forderungen nachgelassen. „Mein Votum ist zu Ende“; er sei für Ablehnung des Gesetzes; gegen den Versuch einer Amendment habe er nichts.

Abg. Behrend: Die Entscheidung der Frage, ob einfache Ablehnung, ob Amendment, sei präjudizell; je nachdem man sie beantworte, werde die Diskussion einen andern Verlauf nehmen. Er sei für den Versuch einer Amendment. Die reine Negative festzuhalten, scheine ihm unthunlich.

Abg. Waldeck für einfache Beibehaltung des alten guten Gesetzes gegenüber den Verschlechterungen der Novelle. Eine Anstrengung des Ingeniums zur Verbesserung des Gesetzes von 1814 sei der jetzigen Regierung gegenüber völlig fruchtlos; die Standpunkte seien zu verschieden, seien diametral entgegengesetzt. — Das preussische Heersystem sei seit Jahrzehnten von ganz Europa als das beste anerkannt, die Reorganisation sei von Anfang an dem ganzen Lande verhaßt gewesen. Die Organisation in Leben des Heer und Landwehr sei ein vortrefflicher Compromiß zwischen Militärstaat und Volkstheuer. Daß bei der Reorganisation die Landwehr unmöglich sei, habe Amseln im vor. J. ganz richtig ausgeführt. An letzterer hänge das Land, an ersterer halte die Regierung fest. In solcher Lage und solcher Regierung gegenüber würde jeder Versuch der Amendment nur doktrinaire Arbeit sein. Der einzig feste Boden sei der, daß man der Regierung weder eventuell noch definitiv einen Mann mehr bewillige, daß man einfach festhalte an den Bestimmungen des Gesetzes von 1814 und an der bisherigen Zahl der ausgehobenen Rekruten.

Referent v. Fordenbed resumirte das Resultat des jetzigen Regierungsvorschlags dahin: 600,000 Mann incl. Landwehr mit intensiverer Verpflichtung und Belastung für den Einzelnen gegen bisher 409,000 Mann mit intensiverer geringerer Belastung für den Einzelnen. Die Novelle von 1860 sei viel ehrlicher und offener gewesen, als die jetzige; früher habe über Verwendung der Rekruten das Bedürfnis eist im Kriege entscheiden sollen; jetzt das Bedürfnis nach eingetretener Mobilmachung, und was Mobilmachung sei, werde nicht angegeben. Die zweijährige Dienstzeit werde jetzt von der Regierung für unmöglich erklärt; im vorigen Jahre habe der Kriegsminister sie noch für möglich gehalten, indem er sich auf die Forderung von Compensationen eingelassen.

Abg. Beigte: Der Kern der Sache liege in der Frage der Landwehr, ob diese nämlich in der Weise von 1814 beibehalten werden, oder in die Linie aufgeben solle. Eine Verstärkung der Kriegsstärke der Armee werde durch die Reorganisation gar nicht erreicht — Nebener belegt das mit den Zahlen, die er in seinem vorjährigen Aufsatze veröffentlicht —, während das frühere Friedensheer wesentlich vermehrt, und dadurch das Land belastet werde; der Vortheil des Rückhaltes an der Landwehr werde aufgegeben. Durch sachliche Ausgaben, durch Erhöhung des Soldes würden die notwendigen Ausgaben für das Heer schon in unvermeidlicher Weise wachsen. Gegen die umliegenden Großmächte könne Preußen sich nur halten durch die Rekrutierung der Landwehr; sonst würden wir uns ruinieren. — Dagegen komme das nicht auf, was wir durch das neue Liniensystem etwa gewinnen würden. Die Landwehr sei jetzt besser, eingerichtet als 1813; damals war sie ein roher Stoff. Die Landwehroffiziere seien zu haben; man müsse nur weniger exclusiv sein. Daß die Landwehr bei Mobilmachungen immer gleich herangezogen werden müßte, habe man selbst verschuldet durch Aufgeben der geforderten Landwehrbrigaden. Man habe eben den großen Reim der Landwehr nicht ausgebildet. Ohne Kosten — Versorgung der Frauen und Kinder einberufener Landwehrmänner — gehe es allerdings nicht ab, aber diese Kosten seien unverhältnismäßig gering. — Ein so weit verzweigtes Land mit so verwilderten Grenzen wie Preußen sei ohne ein Volkstheuer nicht zu verteidigen. Das Volkstheuer der Griechen habe die Perser geschlagen, die Bürgerheere der Römer hätten die Welt erobert; die Schweizer, Niederländer, Spanier hätten Verheerungen geleitet; die französischen Revolutionsheere seien zuerst unorganisierte Banden gewesen. Er sei für Wiederherstellung der alten Landwehr, für zweijährige Dienstzeit. In letzterer Beziehung führe er an, daß wir für die Infanterie (außer bei der Garde) niemals dreijährige Dienstzeit gehabt hätten.

Abg. v. Hoyerbed: Die Vorfrage, ob Verwerfung, ob Amendment, sei zunächst zu entscheiden. Aus der Relation sei herauszutreten, zu positiven Vorschlägen vorzugehen. An der Novelle könne auch er nichts Gutes entdecken, aber das Gesetz von 1814 sei nicht vollkommen; es enthalte die dreijährige Dienstzeit, und das Haus müsse die zweijährige Dienstzeit zur Geltung bringen. Zwar sei bei der jetzigen Regierung ein Erfolg nicht zu erwarten, aber die Verantwortlichkeit falle dann auf andere, und das werde der Schaden des Abgeordnetenhauses nicht sein. Bei zweijähriger Dienstzeit — gegen Waldeck — seien die jetzigen Cadres nicht aufrecht zu erhalten; diese Forderung zu stellen heiße also nicht die Reorganisation aufheben. Die Stärke der jährlich vorzunehmenden Rekrutierung könne auch in dem jetzigen Gesetze durch einen Zusatz, etwa zu § 2, festgestellt werden.

Abg. Stavenhagen (gegen eine Amendment Waldeck): Die frühere Majorität habe an der Reorganisation die erhöhte Rekrutenaushebung ausgeübt, aber nicht definitiv gesetzlich gebilligt.

Abg. Gneist: Die Novelle gehe über alles hinaus, was die Regierung der Landesvertretung bisher zugemuthet habe; die Novelle sei bestimmt, die Gewalt der Militärverwaltung von allen Schranken der Verfassung zu befreien; mit diesem Gesetze in der Hand würde der Kriegsminister zu jeder Zeit, bis zu jeder beliebigen Höhe dem Lande Lasten auflegen können. Das Gesetz sei unannehmbar; aber den Versuch einer Amendment schulde man dem Lande; schließlich würde man freilich wohl die Amendmenten fallen lassen müssen und die positiven Gesetzesvorschlüsse etwa in Resolutionen niederlegen.

Abg. v. Baerst: Man müsse thun, was möglich, um die Ansicht des Landes zur Geltung zu bringen. Mit dem Gesetz von 1814 lasse sich die Reorganisation nicht aufrecht halten, davon sei bei den Abänderungsvorschlägen auszugehen.

Reg.-Comm. Oberst v. B. bedauert Gneist's Vorwürfe von schrankenloser Willkür; die Motive seien nicht gereizt geschrieben, wie Fordenbed behauptet; die Reg. halte allerdings an der Reorganisation und an der dreijährigen Dienstzeit fest; aber Verbesserungen würde die Reg. sich nicht verweigern. Den Begriff „Mobilmachung“ z. B. könne man ja versuchen zu präcisiren; für Militärs sei er zwar klar genug. Man vermisse ein Contingentgesetz; aber es sei nicht denkbar, wie die Reg. mit einemmal von der Erlassinstruktion abweichen sollte, nach der man so lange verfahren. — Die dreijährige Dienstzeit sei unerlässlich; auch im vor. Jahre habe der Kriegsminister sich nicht in dem Sinne des Referenten für die Möglichkeit der zweijährigen Dienstzeit erklärt. Die jetzige Aushebung lasse nur einen ganz unbedeutenden Rest von waffenfähiger Mannschaft übrig. Die Rechnung Stavenhagen's wegen der Ersatzbataillone sei nicht exact, die Reg. könne ja auch die Stärke der Bataillone von 1000 auf 800 Mann herabsetzen. Daß nach der Vorlage von 1860 keine Landwehr mehr existire, könne nicht zugegeben werden, die Reg. wolle die Landwehr nach wie vor erhalten. Der Vorwurf eines Rückschritts in der Offenheit sei unbegründet; er fände nichts Verhängliches in den einzelnen Artikeln der Vorlage; gegen Hinterthüren könne man sich ja durch Amendmenten sichern. Gegen die Volkstheuer verweise er auf Nordamerika.

Abg. Waldeck: In dieses Organisationsgesetz gehöre keine Bestimmung über die Contingentstärke; die 75 neuen Bataillone und die Beilegung der Landwehr würde er selbst gegen die zweijährige Dienstzeit nicht zugeben; auch die erhöhte Rekrutierung, die 1860 vielleicht noch hätte zugefanden werden können, würde er jetzt nicht mehr einräumen; das wäre jetzt ein schlechter Compromiß.

Abg. Rohden kommt in der Vorlage keinen Versuch zur Verständigung finden; auf eine Amendment müsse man eingehen, um den Vorwurf tendenziöser Opposition tod zu machen, um eine Verständigung vielleicht für nächstes Jahr anzubahnen. Er wünsche eine Reihe zusammenhängender Amendmenten seitens des mit der Sache genau vertrauten Referenten.

Damit war die Generaldiskussion geschlossen. Referent v. Fordenbed hob hervor, daß die Regierung bei ihrer Vorlage ganz einseitig vom militärischen Gesichtspunkte ausgegangen sei; Amendmenten habe er schon ausgearbeitet, unter Festhaltung des Grundgesetzes, an dem alten Gesetze von

1814 möglichst wenig zu ändern. — (Diese Amendmenten betreffen also der Sache nach das Gesetz von 1814; sie sollen metallographirt werden.)

Ueber die Zahl der wirklich waffenfähigen Mannschaft wurden noch einige Bemerkungen gemacht; die Angaben Fordenbed's, daß 100,000 Mann jährlich ausgehoben werden könnten, wurde vom Oberst v. B. bestritten; den Wunsch Stavenhagen's auf Vorlage der betr. Statistik, erklärte derselbe Reg.-Commissar geeigneten Orts zur Sprache bringen zu wollen, ohne indeß ein Versprechen desfalls abzugeben.

[Keine Verwicklung mit dem Auslande.] Die „Kreuz.“ schreibt: „Die Staatsregierung hat, wie wir vernehmen, von allen betreffenden Cabinetten auf's Neue Mittheilungen erhalten, welche jede Beforgnis wegen politischer Verwicklungen auf Grund der sich ergebenden polnischen Angelegenheiten vollständig beseitigen. — Gegenüber den völlig irrigen Mittheilungen hiesiger Zeitungen können wir wiederholt versichern, daß eine französische Note in irgend welcher Form oder Art betreffs der polnischen Angelegenheit nicht hieher gelangt ist.“

[Der Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Frerichs] ist gestern, nachdem eine erhebliche und erfreuliche Besserung in seinem Befinden eingetreten, zu seiner Erholung nach Nizza abgereist. Mit Ende April gedent derselbe zurückzukehren, um demnächst seine vielbesuchten klinischen Vorlesungen wieder zu eröffnen.

[Keine Auflösung.] Nach den heute verbreiteten Nachrichten ist weder eine Auflösung des Hauses der Abgeordneten noch der Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Bismarck zu erwarten, vielmehr würde der jetzige unerhörte Zustand ruhig fortbauern. So unmöglich es auch scheinen mag, daß in dem Verhältnis von Regierung und Landesvertretung, wie es sich namentlich in der letzten Woche gestaltet hat, gar keine Aenderung eintrete, so ist man doch bei uns an Ausnahmezustände bereits in solchem Maße gewöhnt, daß auch die Verwirklichung dieser Aussicht kaum jemanden überraschen wird. Das Ministerium scheint den Ausweg gewählt zu haben, in Sachen der Convention einfach nachzugeben und dazu die Form zu wählen, daß die Convention einer Revision unterzogen wird, bei der dann nichts übrig bleibt, als was weder den Bestimmungen noch der Landesvertretung Anstoß geben kann. Gewisse offizielle Telegramme, die vielleicht kaum Telegramme zu nennen sind, weil sie vermutlich hier in nächster Nähe entstanden sind, haben auf diese Eventualität hinlänglich vorbereitet.

[Zur Zeichnung der Situation] stellt die „B. u. S.“ in Folgendem einige Nachrichten und Meinungen zusammen, die sie in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verbreitet findet.

Die Abreise Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen nach London zur Vermählungsfeier des Prinzen von Wales ist früher erfolgt, als ursprünglich beabsichtigt war. Als Ihre k. Hoheit die Frau Kronprinzessin vor Ihrem Gemahle die Reise antrat, sprach der Prinz mehreren Personen gegenüber sein Bedauern aus, daß er seine Gemahlin nicht begleiten könne, weil ihn Umstände zwingen, wenigstens noch die erste Märzwoche in Berlin zurückzubleiben.

Einem Manne gegenüber, der mit Sr. k. Hoheit in der vergangenen Woche eine Unterredung hatte, äußerte der Kronprinz, als von den Festlichkeiten die Rede war, welchen der Prinz in London beiwohnen werde: Er bedauere nur, daß die politischen Verhältnisse ihm bei seinem diesmaligen Besuch einen Theil der Popularität rauben würden, die ihn und noch mehr die Kronprinzessin bei den früheren Besuchen in England außerordentlich erfreut hätten; das freundliche Zutrauen, mit dem ihm in England Alle, mit denen er Berührungen gehabt, entgegen gekommen seien, habe ihn mitunter wahrhaft glücklich gemacht. Als die Person, an welche diese Aeußerung gerichtet war, entgegnete, daß werde auch diesmal nicht anders sein, bemerkte der Kronprinz: „Sie werden es schon sehen, es wird sehr anders sein.“

Daß Herr v. Bismarck am 23. Febr. seine Entlassung vom Ad-nige erbeten hatte, ist eine nicht mehr zu beweisende Thatsache. Herr v. Bismarck selbst hat sie einem fremden Diplomaten und einer seiner Kollegen im Ministerrathe einem angeesehenen Banquier mitgetheilt. Ebenso ist thatsächlich, daß in Folge davon Graf Solz die Aufforderung erhalten hat, an die Spitze des Cabinets zu treten, diese Aufforderung aber abgelehnt hat.

Personen, welche die Stimmung an entscheidender Stelle kennen, meinen, eine Auflösung des Abgeordnetenhauses werde, wenn nicht noch in dieser Session, doch jedenfalls im Laufe des Sommers erfolgen. „Auf keinen Fall dürfe diese Kammer wieder zusammentreten.“

[In Bezug auf die von uns mitgetheilte General-Ordre] des Oberbefehlshabers der Streitkräfte in Posen und Westpreußen, General v. Werder, schien es nach den Debatten, welche im Abgeordnetenhaus auch diesen Gegenstand betrafen, freilich, ob diese militärische Ordre sich auch an Civilbehörden gerichtet habe. Wir sind in der Lage mitzutheilen, daß der Erlaß des General v. Werder an die Oberpräsidenten gerichtet ist und an diese das „Ersuchen“ stellt, „danach die unterhabenden Behörden gefälligst mit Anweisungen zu versehen.“ Diesem Ersuchen entsprechend, ist von den Oberpräsidenten verfahren worden.

[General Klappa.] Man schreibt der „Volks.“ aus Paris, 28. Februar: General Klappa, den Hr. v. Vincke nach der polnischen Grenze wandern läßt, befindet sich ruhig in Turin und trifft gar keine Anstalten zu einer solchen Reise.

Deutschland.

München, 2. März. [Auflösung des Landtages.] Vermöge königlicher Entschliessung ist der Landtag aufgelöst, weil das Mandat der Abgeordneten am 14. Dezember 1862 erlosch und es erheblichem Zweifel unterläge, ob die vorzuliegende Civilprozeßordnung bis dahin zum Abschluß gebracht werden könne. Wir empfinden, heißt es in dem Erlaß, das Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit den bisherigen Vertretern unseres Volkes für den Eifer und die Einsicht, womit sie sich ihrer wichtigen Aufgabe gewidmet, und für die vielfach kundgegebene echt bairische und zugleich deutsche Gefinnung und Haltung unsere vollste Anerkennung wiederholt auszusprechen.

Raffel, 2. März. [In der heutigen Sitzung der Ständeverammlung] zeigte der Präsident Reibitzhau den Tod Hartwig's an, schildert in ergreifenden Worten die Lauterkeit, die Gesetzentreue und die Vaterlandsliebe des Dahingegangenen und erwähnt, wie derselbe von fremden Kriegsgerichten zur Festungshaft verurtheilt worden sei. Der Finanzminister eröffnete, daß zum Bau der projectirten Eisenbahnen ein vierprozentiges Anlehen gemacht werden solle. Der Landtagscommissar legte das Staatsdienstgesetz vor, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Großbritannien.

E. C. London, 28. Febr. [Parlaments-Verhandlungen vom 27. Febr.] Im Oberhause sagt der Earl of Ellenborough: Ich vernehme, daß der preussische Minister im Parlament in Berlin gesagt hat, seine Regierung habe keine Convention mit Ausland geschlossen, welche der vom englischen Staatssekretär des Auswärtigen geschickten Art wäre. Er wolle deshalb keine Frage an den edlen Lord richten, wohl wissend, daß ders-

selbe volle Autorität für seine Angabe gehabt. Hoffentlich dürfte er hinzu-
fügen, daß, wenn die beklagenswerthen polnischen Ereignisse zu noch ernstern
Verwicklungen führen sollten, Ihrer Majestät Minister nicht zaudern würden,
sodort die Unterstützung des Parlaments in Anspruch zu nehmen. — Carl
Russell: Es ist mir nicht ganz klar, was Herr v. Bismarck sagen wollte,
als er der Ihrem Vorgesetzten gemachten Mitteilung widersprach, daß ich nur
widergab, was die Gesandten Rußlands und Preußens mir berichtet hatten,
nämlich daß in gewissen Fällen die russischen Soldaten die Erlaubnis haben
werden, polnische Insurgenten mit gewaffneter Hand aus preussischem Gebiet
zu verfolgen. Die Gesandten Oesterreichs und Preußens hatten auch nichts
dagegen, daß diese Lesart der Convention dem Hause mitgeteilt werde.
Alles, was ich seither vernommen, zeigt bloß, daß die russischen Truppen,
ehe sie den preussischen Boden betreten, jedesmal einer besondern preussischen
Erlaubnis bedürfen, aber es ist mir nicht bekannt, ob diese Special-Erlaub-
nis von der Central-Regierung in Berlin oder bloß von den Grenzbehörden
eingeholt werden muß. — Der Earl of Shaftesbury fragt, ob es sich be-
stimmte, daß einige polnische Studenten von den preussischen Truppen festge-
nommen und an Rußland ausgeliefert worden seien? — Carl Russell:
Diese Nachricht stammt aus einigen Zeitungsblättern. Er wisse nur, daß diese
Personen über die Grenze nach Rußland gefandt wurden, aber nicht,
ob sie bloß über die Grenze geschickt oder den russischen Behörden überliefert
worden sind.

[Unterhaus.] Mr. Pope Hennessy erhebt sich, um eine Adresse an
die Krone in Sachen Polens zu beantragen. Er beginnt mit einer lebhaften
und eingehenden Schilderung der Lage Polens. Nach einem Bericht
des Warschauer Stadtraths an den Großfürsten Constantin wurden in War-
schau allein von Anfang bis zum Juli des Jahres 1862 nicht weniger als
14,833 Personen in's Gefängnis geworfen; viele wegen der unbedeutendsten
Vergehen, darunter Mütter mit ihren Säuglingen an der Brust und Kinder
von 4 Jahren an deren Seite. Kaiser Alexander selbst sagte dem Grafen
Ramollet: „Ich sehe jetzt, man kann Polen nur durch Schrecken regieren.“
Und Fürst Gortschakoff erklärte ihm: „Wenn Ihr uns dazu zwingt, werden
wir Polen in einen Wüsten- und Leichenhaufen verwandeln.“ (Hört! Hört!)
Und abermals sagte Fürst Gortschakoff: „Die kaiserl. Regierung war längst
und bleibt der Ansicht, daß man gegen Polen eine Ausrottungspolitik be-
folgen muß.“ (Lautes Hört! Hört!) Nun, die russische Regierung hat sich
rechtlich bewußt, diese Politik auszuführen, und die amtlichen russischen
Organe selbst schildern die dazu ergriffenen Mittel. Nämlich: sich doch der
Einschüchterung von Warschau, der Marquis v. Wislowski selbst, er habe
seine Pflicht gethan, indem er die Polen durch die Verweisung zum Auf-
stande trieb, und nun sollten die Militärbehörden das Joch thun. Dies
der Ursprung, dies die Rechtfertigung einer Erhebung, die jetzt täglich mehr
vollendete Thatfache wird und selbst unter russischen Offizieren und Soldaten
Sympathie findet. Der Redner kommt hierauf zur praktischen Frage und bemerkt:
Ich behaupte, daß Polen jetzt eine praktische Frage ist, ja daß es eine englische Frage
ist (Hört! Hört!). England ist durch einen, Polen betreffenden, gegen Ruß-
land und die andern Großmächte eingegangenen Vertrag gebunden. Jener
Vertrag ist niemals mit der Einwilligung Europas abgeschlossen, aber von
Rußland verstoßen worden. Lord Castlereagh sorgte dafür, daß die ersten
14 Artikel des wienener Vertrages den Interessen Polens gewidmet wurden,
und ihre Gültigkeit hat Kaiser Alexander I. zweimal, 1815 und 1816 oder
1817 öffentlich anerkannt. Ich fordere den edlen Viscount (Russell) auf,
zu erklären, ob Rußland nicht jenen Vertrag fast im Augenblick nach seinem
Abbruch gebrochen hat. Im Jahre 1861 erklärte der edle Lord, daß es
vielleicht nie einen größeren Vertragsbruch gegeben habe. Schon im Jahre
1831 schrieb der edle Viscount eine 30 Jahre lang geheim gebliebene De-
pêche an Lord Hertford, worin er die russische Regierung aber und aber-
mals erinnerte, daß die vertragmäßigen, Polen betreffenden Stipulationen
von Oesterreich und Preußen beobachtet, aber von Rußland durchaus nicht
erfüllt worden seien. Freilich schrieb der edle Viscount im selben Jahre,
als Louis Philippe's Regierung die englische durch den Fürsten Talleyrand
zu einer gemeinsamen Bemühung für Polen einladen ließ, eine ablehnende
Antwortdepesche und sprach darin von den „Rechten Rußlands“. Aber
diese Rechte hatte Rußland durch seinen Vertragsbruch längst verwirrt.
(Hört! Hört!) Da es nun möglich ist, daß im Jahre 1863 ein
Anlaß zu einer ähnlichen Depesche entsteht, und daß der edle Vis-
count abermals zum Schiedsrichter über das Schicksal Polens wird,
so frage ich, ob das Haus nicht an die Regierung die dringende
Frage stellen muß, was sie zu thun beabsichtigt? Die andern Mächte
sehen die Lage Polens nicht mehr mit gleichgültigen Augen an. Preußen ist
zwar bis an den Rand des (moralischen) Abgrundes gegangen, wird aber
hoffentlich von dieser Bahn zurücktreten. Ich verlange keine Intervention,
ich wünsche nicht, daß man einen einzigen fremden Soldaten nach Polen
schicke. Ein englischer Courier, aus dem auswärtigen Amte nach Paris,
Wien oder Konstantinopel geschickt, hätte für Polen den Werth von 100,000
fremden Bapnoten. Ich beantrage somit (laute Cheers) eine Adresse an
Ihre Majestät des Inhalts, „daß England und andere Mächte, welche in
Bezug auf Polen gewisse vertragmäßige Verbindlichkeiten übernommen
haben, erklären, daß diese Verbindlichkeiten von Rußland nicht erfüllt
worden sind; daß die Polen jahrelange Verletzung mit musterhafter Geduld
ertragen haben; daß ihre Geduld, während sie die Bewunderung Europa's
erregte, die schlimmsten Leiden der russischen Behörden aufgetaucht
zu haben scheint; daß die patriotische Selbstbeherrschung des einmüthig-pol-
nischen Volkes endlich vor einer in unserm Zeitalter beispiellosen Häufung
von Gewaltthaten gewichen ist; daß das Königreich Polen jetzt der Schau-
platz eines verheerenden Kampfes zwischen russischen Truppen und dem zur
Verweigerung getriebenen polnischen Volke ist, und Ihrer Majestät unterthä-
nig vorzustellen, daß in Anbetracht dieser Thatfachen England im Namen
seiner öffentlichen Treue und zur Erfüllung seiner feierlichen Verbindlichkeiten
zu einer Dazwischenkunft verpflichtet ist.“

Nach einer lebhaften Debatte, die namentlich durch starke Ausfälle auf
Preußen gewirkt ist (die preussischen Verhältnisse erlauben uns keine Wider-
gabe derselben), erhebt sich Lord Palmerston unter lautem Zuruf des Hauses.
Es ist natürlich — so spricht er im Wesentlichen — daß dieses Haus ein
Widerhall der Gefinnungen sei, von welcher ganz England und der Continent
erfüllt ist. Was mich betrifft, dessen geschriebene und gedruckte Worte durch
das ehrenwerthe Mitglied (Hennessy) citirt worden sind, kann ich bloß sagen,
daß ich nichts zurücknehme, was ich über diesen Gegenstand je gesprochen
und gesagt. (Beifall.) Die Regierungen, denen ich als Mitglied angehörte,
haben stets die Ansicht bewahrt, daß betreffs Polens die Verpflichtungen des
wienener Vertrages, vorzüglich durch Rußland, lange und systematisch verletzt
worden sind. (Beifall.) Jedermann muß für Polen die lebhaftesten
Sympathien im Herzen tragen. (Beifall.) Denn seit einem Jahrhunderte
war es ganz merkwürdig unglücklich; unglücklich vor der Theilung durch seine
mangelhafte Verfassung, unglücklich bei der Theilung durch den Verlust seiner
Nationalität, unglücklich bei dem Durchzuge Napoleons durch Rußland, und
abermals unglücklich beim wienener Congresse und bis auf den heutigen Tag.
Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir 1831 und 32 nicht zu Gunsten des
unterdrückten, in Waffen stehenden, Polens mit Frankreich und Preußen vereinigt haben.
Damals aber wäre, soweit unser Urtheil reicht, ein praktisches Resultat kaum
zu erzielen gewesen, obwohl wir stets daran festhielten, daß das Versehen Ruß-
lands gegen Polen eine Verletzung des wienener Tractates sei. Preußen und Oester-
reich haben diesen Vorwurf in solchem Grade nicht verdient, sie haben in
Galizien und Polen die wienener Stipulationen buchstäblich verwirklicht, eine
gleichförmige Repräsentation eingeführt, Sprache, Religion und Privilegien
dieser Provinzen respektirt, und weil ich hier von Preußen spreche, will
ich hier gleich bemerken, daß, so sehr wir den Geist und die Absicht der
Convention, welche es kürzlich mit Rußland abgeschlossen hat, ver-
dammen, ich doch nach den uns zugegangenen Mittheilungen zu den-
ken geneigt bin, daß die Beforgnisse, zu denen wir betreffs dieser
Convention veranlaßt worden sind, wahrscheinlicher Weise nicht ver-
wirklicht werden dürften. Ich glaube, daß diese Convention nicht
ratificirt worden ist. Es sind keine Ratificationen ausgefertigt
worden, und ich bin, nach dem, was in den preussischen Kammern
vorgeht, und nach anderen uns zugegangenen Mittheilungen, geneigt
zu denken, daß diese Convention wahrscheinlich nicht praktisch in
Wirksamkeit treten wird. (Hört! Hört!) Dies sage ich nicht offiziell, denn
eine Abschrift der Convention haben wir bis jetzt nicht erhalten; doch will
ich zuversichtlich hoffen, daß dem so sei, weil eine derartige Einmischung
Preußens allgemein, wie bereits der Fall ist, stark verdammt werden, und
im Falle der Verwirklichung der preussischen Regierung zur Unruhe
gereichen würde. (Beifall.) Der jetzige Kaiser von Rußland, ein wohl-
wollender gütiger Mann, meint es, wie ich glaube, ernst, die Lage seiner
vorn. Unterthanen zu verbessern. Denn wie sollte ein Monarch, dem es darum
ist, in seinen russ. Provinzen zahlreiche und wichtige Reformen einzufüh-
ren, einen Theil seiner Unterthanen absichtlich und systematisch bedrücken
wollen! Und doch müssen wir alle sagen, daß diese Conscriptio, oder wie sie rich-
tiger genannt wurde, Proscriptio (hört, hört.) ein höchst barbarischer
Akt war, (lauter Beifall.) ein äußerst grausames Beispiel politischer
Tyrannei unter dem Scheine einer bloß militärischen Maßregel.
(Erneuter Beifall.) Kein Wunder, daß die Polen zu den Waffen flogen, um
sich einer solchen Maßregel zu widersetzen. Geseht auch, sie unterliegen der
Uebermacht, was hätte Rußland gewonnen? Ein Sieg in Polen wäre

für Rußland ein großes und gewaltiges Unglück (Beifall); der Kaiser
würde ein Land zu seinen Füßen sehen, voll blutgetränkter Eben, zerstörter
Dörfer und rauchender Schutthaufen. (Hört, hört!) Das kann der Wunsch
des Kaisers nicht sein. Lassen Sie uns vielmehr hoffen, daß es daran denkt,
dem Zustande durch eine Amnestie (Beifall) und durch Wiedereinführung
der durch den wienener Tractat gewährleisteten Institutionen ein Ende
zu machen. (Erneuter Beifall.) Was nun den Antrag speziell betrifft,
so wird der ehrenwerthe Antragsteller, wie ich hoffe, sich mit der einstimmigen
Meinungsaussprechung des Hauses befriedigen und auf keine Abstimmung
dringen. Es giebt der Einwände gegen seinen Antrag in der That sehr
bedeutende. Der wienener Vertrag verpflichtet uns nur zur Garantie für die
damals zu Preußen geschlagenen Theile Sachsens und die Unabhängigkeit
der Schweiz. Gätten wir wirklich die Verpflichtung, uns gegenwärtig in die
polnische Angelegenheit einzumischen, dann würde, wofür wir Vorstellungen
erfolgt blieben, die Krone gezwungen sein, sich vom Parlamente die nöthi-
gen Mittel zu erbitten, um mit Waffengewalt die Erfüllung jener Vertrags-
bedingungen zu erzwingen, welche den Forderungen der Diplomatie voren-
thalten wurden. (Hört!)

Es wäre im Interesse der vom ehrenw. Antragsteller so warm vertre-
ten, vom ganzen Hause und vom ganzen Lande so tief gefühlten Angele-
genheit, daß er sich mit der eben kundgegebenen einstimmigen Meinungs-
äußerung begnüge, damit die Welt erfahre, daß von allen ehrenw. Mitglie-
dern, die bei dieser Gelegenheit gesprochen, auch nicht ein einziges war, das
über das Schicksal und die Leiden der poln. Nation getrennter Meinung war.
Zweckmäßiger ist es, der verantwortl. Regierung die Aufgabe anheimzustel-
len, der Monarchin in dieser Angelegenheit den nach ihrer Meinung besten
Rath zu ertheilen, und nicht dem Parlamente die Verantwortlichkeit für De-
krete aufzubürden, welche von Rechts wegen den Ministern der Krone an-
heimfällt, um so mehr, als das Haus versichert sein kann, daß die von
ihm so eben ausgesprochenen Gefühle vollständig von denen
getheilt werden, welche die Ehre haben, im Dienste der Krone
zu stehen. (Lauter Beifall.)

Disraeli: Wir haben im Verlaufe dieser Debatte oft gehört, daß die
Theilung Polens ein großes Verbrechen war. Wenn dem so ist, hatte auch
das polnische Volk Theil an diesem Verbrechen. Denn ohne theilweise eige-
nes Verbrechen kann ein Volk von 20 Millionen nimmermehr um seine po-
litische Existenz gebracht werden. Große und mannichfache geschichtliche Er-
eignisse haben seit jener Theilung Polens einander gedrängt, und heute mü-
ßen wir einem ehemals viel angefochtenen Staatsmann, Lord Castlereagh
nämlich, die Anerkennung angedeihen lassen, daß er schon auf dem wienener
Congresse die Wichtigkeit der Wiederherstellung Polens erkannt hatte. Unter-
stellt wurde er in dieser Politik damals durch Oesterreich und Frankreich,
während Rußland ihm entgegenstand; aber Oesterreich, Frankreich und Eng-
land waren erschöpft von den langen Kriegeranstrengungen, Rußland stand
ungebeugt da, und seinem Nachspruche mußten die übrigen weichen. Heute
stehen die Sachen anders. England war nie so mächtig und einig als eben
jetzt, Frankreich ist nichts weniger als erschöpft, und freudig glaube ich, daß
Oesterreich mit jedem Tage an Kraft und Ansehen zunimmt (hört, hört),
nicht bloß wegen der großen Hülfquellen dieses Reiches, sondern auch, Dank
der Klugheit, Scharfsichtigkeit und Weisheit derer, die an der Spitze seiner
Regierung stehen. (Hört, hört.) Wogegen Rußland gegenwärtig nicht mehr
in der Lage ist, den andern mit einem Nachspruche zu imponiren. Auch
ich bin der Meinung des edlen Lords (Palmerston), daß es unter den
gegenwärtigen Verhältnissen am allerwichtigsten war, die Meinung
des Hauses zu vernehmen. Desto mehr bedauere ich, daß der
Premier uns über das, was die Regierung zu thun ge-
denkt, vollkommen im Dunkel gelassen hat. Dem ehrenwerthen Antragsteller
will ich weiter keinen Rath geben, als den einen, daß er wohl am besten
thäte, sich mit dem erzieltten Erfolge zu begnügen, daß er aber seine Adresse
nicht aus dem Grunde zurückziehen dürfe, weil gegen die Fassung einzelne
Beobachter laut geworden sind. Was mich heute eine bessere Zukunft für Po-
len hoffen läßt, ist nicht allein die veränderte Machtstellung Englands, Frank-
reichs und Oesterreichs der russischen gegenüber, sondern die Thatfache, daß
die jetzige Erhebung Polens eine allgemeine Volkserhebung ist, nicht durch
Emigranten und Verschwörer angestiftet, nicht durch lokalen Parteigeiz
in Scene gesetzt, sondern eine Volkserhebung, welche sämtliche Elemente einer
heiligen Sache in sich schließt: die Liebe zum Vaterlande, die Erinnerung an
eine gloriose Vergangenheit und hoffentlich auch die Inspiration einer sie-
genden Zukunft. (Lauter Beifall.)

Mr. Hennessy erklärt, daß er, dem allgemeinen Wunsche folgend, seinen
Antrag zurückziehe, (Beifall), wodurch es jedem andern Mitgliede freigestellt
bleibe, denselben oder einen ähnlichen Antrag später einmal, wenn es nöthig
sein sollte, einzubringen.

§ Breslau, 3. März. Der gestrige wienener Schnellzug hat
die polnische Post vom Sonntag mitgebracht, dagegen ist die vom
Montag ausgeblieben und auch mit dem um 7 Uhr Früh heute ein-
getroffenen myslowitzer Güterzuge nicht nachgekommen.

§ Aus Oberschlesien, 2. März. Wie sehr das russische
Militär von den eigenen Landeuten gefürchtet wird, davon gewährt
gegenwärtig das Leben in Rattowitz ein eigenes Bild, indem sich
dortbin außer vielen polnischen Familien auch russische vor dem rohen
Vandalismus der Soldateska geflüchtet haben. Sicherem Vernehmen
nach hat bei Myslowitz ein größeres Gefecht stattgefunden; einzelne
nach Dombrowa Verpöngte erzählten, daß der Sieg den Insur-
geblieben sei. Ebenso ist in kürzester Zeit bei Gzyschow ein Zusam-
menstoß zu erwarten, wo Klappa sich bereits befinden soll. (S. dage-
gen unter „Berlin.“)

Was unsere Soldaten anbetrifft, so werden dieselben, wie wir hören,
von der schon mehrfach besprochenen Theuerung der Lebensmittel nicht
so sehr getroffen, als man vielfach zu glauben geneigt ist, da meist die
Truppen-Commandos die Verpflegung des Militärs in die Hand ge-
nommen und Lieferungsverträge abgeschlossen haben. Dabei ist denn
auch — trotz der mit Recht so vielfach beklagten unsauberen Qua-
tiere — der Gesundheitszustand nach dem Urtheil Sachverständiger ein
im Allgemeinen befriedigender.

§ Lublin, 2. März. [Ein Ueberläufer. — Das Ge-
secht bei Panki.] Kürzlich wurde, von 2 Wägen begleitet, ein als
Espion bezeichnetes Individuum hierhergebracht, welches das allgemeine
Interesse nicht wenig auf sich zog. Heut, nachdem eine spezielle Ver-
nehmung des Verdächtigen bereits stattgefunden hat, verlautet folgendes:
Der Eingekerkerte ist ein österreichischer Unterhändler, der erst vor zwei
Monaten von seinem Truppenheer, dem 56. Regiment, in welchem er
gedient hatte, in seine Heimath, nämlich nach Kanti, entlassen wurde.
Wegen Arbeitslosigkeit begab er sich nach dem Orte Szafowa, um
dort Beschäftigung zu suchen, statt welcher er aber den Insurgenten
Anführer Westotki traf, der ihm wahrscheinlich durch seine körperliche
Größe und sonstigen Vorzüge angeregt, und nachdem er durch Aus-
fragen einen Blick in die misslichen Verhältnisse des Oesterreichers ge-
worfen hatte, das Anerbieten machte, ihm in die Reihen der auslän-
dischen Polen zu folgen. Er ließ sich bewegen, nahm ein vor-
läufiges Handgeld von 10 Sgr., und verfolgte mit seinem Werber per
Bahn die Strecke bis Grania; von da nahmen sie Fuhrer, legten
mit derselben ¼ Meilen zurück und stiegen zu einem Insurgentenhäufen,
der sich nach Panki zu bewegte und dem sich die beiden anschlossen.
Der Angeworbene wurde mit einem Gewehr und Munition versehen,
und man erreichte endlich den Bestimmungsort, Panki, wo sich ein
förmliches Proviand-Magazin der Insurgenten befinden sollte. In dem
Augenblicke, als jene ihre Mahlzeit hielten, wurden sie durch die vor-
her ausgestellten Vorposten alarmirt. Bald war Alles unter dem Ge-
wehre, und die Russen, welche den Insurgenten an Zahl nicht überle-
gen waren, zogen sich zurück, wahrlich ein um ein vorthelhafteres
Terrain zum Gezecht zu gewinnen. Bei dieser Action erst, bemerkten
die Ausländer, daß ihre Gegner im Besitze einiger Geschütze waren,
und dadurch erschreckt, nahmen auch sie den Rückzug und zwar nach
dem sehr nahe gelegenen Waide, was die Russen indeß unterließen zu
bemerkten und dann der Meinung waren, ihre Gegner hätten sich in
dem ebenfalls sehr nahe Hüftenwerk verborgen. Demzufolge richteten
sie ihre Geschütze nach den Hochöfen und sonst hervorragenden Punkten

und verwandelten dieselben in Schutthaufen, ohne ihren Zweck zu er-
reichen. Der Gefangene soll angegeben haben, es sei auf keiner Seite
auch nur ein Todter geblieben; wie indeß Bewohner jener Gegend
angeben, soll in die Hände der Russen eine Menge Proviand ge-
fallen sein (wahrscheinlich durch den schleunigen Rückzug der In-
surgenten) und aus mehreren Fässern Spiritus, Lebensmitteln,
so wie Munition und wie man sagt, etwa sechzig Pferden be-
stehen. (Vergl. hiermit das heutige Morgenbl. der Bresl. Ztg.) —
Der bereits ausgekündeten Gefahren überdrüssig, benutzte der Oester-
reicher einen günstigen Augenblick, um, unter dem Vorwande, einmal
auszutreten, seinem Nebenmann das Gewehr zu geben und das nur
wenige Schritte weit entfernte preussische Gebiet zu betreten. Hierauf
begab er sich in das Wirthshaus des Dorfes Mischin, wo er unver-
hofft seine Verhältnisse erzählte, dafür aber durch den indeß herbei-
geholten Dorfschulzen verhaftet und später unter der oben erwähnten
Bedeckung nach Lublin gebracht wurde. Die Munition trug er noch
bei sich.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Baro- meter.	Luft- temper.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 2. März 10 U. Ab.	333,75	+3,6	SW. 1.	Trübe.
3. März 6 U. Morg.	332,20	+4,8	SW. 1.	Trübe.

Breslau, 3. März. [Wasserstand.] D. P. 14 F. 8 Z. U. P. 1 F. 7 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 2. März. Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 70, 30, hob
sich auf 70, 40 und schloß weniger fest zur Notiz. Per Liquidation eröffnete
die Rente zu 70, stieg auf 70, 10 und wurde zuletzt 69, 75 gemacht. Con-
sols von Mittags 12 Uhr waren 92½ eingetroffen. Schluss-Course: 3proz.
Rente 70, 05. 4½proz. Rente 99, —. Italien. 5proz. Rente 69, 60. 3proz.
Spanier —. 1proz. Spanier —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien
513, 75. Credit-mobilier-Aktien 1240, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 588, 75.
Oester. Credit-Aktien —.

London, 2. März. Nachm. 3 Uhr. Silber 61½ —. Consols 92½.
1proz. Spanier 46. Mexikaner 32½. Sardinier 83. 3proz. Russen 96½.
4½proz. Russen 94.

Der Dampfer „Dane“ ist mit der fälligen Post vom Cap in Southamp-
ton eingetroffen. Der fällige Dampfer aus Westindien ist angekommen.

Wien, 2. März. Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Valuten weichend. 3proz.
Metall. 75, 50. 4½proz. Metall. 65, 50. 1854er Loose 93, —. Bank-
Aktien 813. Nordbahn 189, 90. National-Anleihe 81, 60. Staats-Eisen-
bahn-Aktien 220, 60. Creditaktien 234, 50. London 115, 50. Hamburg
86, 80. Paris 45, 80. Gold —. Silber —. Böhmische West-
bahn 166, 75. Lombardische Eisenbahn 269, —. Neue Loose 135, 80.
1860er Loose 93, 90.

Frankfurt a. M., 2. März. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. —
Sehr feste Haltung in österreichischen Effekten. — Böhm. Westbahn 71½.
Finnländische Anleihe 91½. — Schluss-Course: Ludwigshafen-Verba-
143½. Wiener Wechsel 101½. Darmst. Bankaktien 242. Darmst. Zettel-
Bank 257. 3proz. Metall. —. 4½proz. Metall. 55½. 1854er Loose 79.
Oester. National-Anleihe 68½. Oester. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 234.
Oester. Bank-Anleihe 823. Oester. Credit-Aktien 223½. Neueste österr.
Anleihe 82. Oester. Elisabeth-Bahn 129½. Rhein-Nahe-Bahn 32½.
Main-Ludwigshafen Litt. A. 128½.

Hamburg, 2. März. Nachmitt. 2 Uhr 30 Minuten. Börse fest. —
Finnl. Anleihe 90½. Schluss-Course: National-Anleihe 69½. Oester.
Credit-Aktien 94½. Vereinsbank 103½. Norddeutsche Bank 107. Rhein-
ische 99. Nordbahn 64½. Disconto —. Wien —. Peters-
burg —.

Hamburg, 2. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco 2—3 Tbr.
niedriger, ab aufwärts lau. Roggen loco flauer, ab Danzig pr. Frühjahr
zu 76 zu kaufen, ohne Gedäch. Del pr. Mai 32½ —. pr. Okt. 30½.
Kaffee in abwartender Stimmung.

Liverpool, 2. März. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsag. —
preise gedrückt.

Berliner Börse vom 2. März 1863.

Fonds- und Geld-Course.	Div. Z.	1861 F.
Preuss. Staats-Anleihe v. 1859	4½	101½ bz.
Staats-Anl. v. 1859	52	99 bz.
ditto 1854	55A	67 1/4 101½ bz.
ditto 1853	1853	4 101½ bz.
ditto 1853	1853	4 99½ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	89½ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ bz.
Kur-u. Neumärker	3½	91½ bz.
Pommersche	3½	91½ bz.
ditto neue	3½	100½ bz.
ditto neue	3½	97½ G.
ditto neue	3½	96½ bz.
Schlesische	3½	94½ bz.
Kur-u. Neumärker	4	99½ bz.
Pommersche	4	99½ bz.
Pommersche	4	97½ bz.
Preussische	4	99½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99½ bz.
Sächsisch.	4	100½ B.
Schlesische	4	100½ B.
Louisdor	—	109 G.
Goldkronen	—	8 3/4 bz.

Preuss. u. ausl. Bank-Aktion.	Div. Z.	1861 F.
Berl. K.-Verein	5½	418 G.
Berl. Hand-Ges.	5	412½ B.
Berl. W.-Gred.-G.	5	83 G.
Braunschw. Bank	5½	417 B.
Bremser	5½	417 B.
Coburg. Credit-A.	3	87½ B.
Darmst. Zettel-B.	81	412½ G.
Darmst. Credit-A.	5	423½ 1/2 1/2 bz.
Dess. Credit-A.	4	73½ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	98½ 1/2 1/2 bz.
Genf. Credit-A.	2	62½ 1/2 1/2 bz.
Geraer Bank	5½	496½ B.
Hamb.-Nordbank	5	4105 G.
Hamb. Ver.-Bank	5½	4183 G.
Hannov.	4½	4100½ etw. bz.
Leipziger	3	83½ bz. u. G.
Luxembg.	10	4101½ bz. u. G.
Magn. Credit-A.	4	92½ G.
Mein. Credit-A.	6	99½ G.
Minerva-Bew.-A.	7½	63½ bz. u. G.
Oesterr. Credit-A.	7½	65½ 1/2 1/2 bz. u. B.
Pos. Prov.-Bank	5½	496½ G.
Preuss. B.-Anthl.	4½	125½ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	99½ B.
Thüringer Bank	2½	466 G.
Weimar. Bank	4	490 etw. bz.

Wechsel-Course.	100 F.
Amsterdam	107, 144 bz.
ditto	2 M. 143½ bz.
Hamburg	8 M. 152½ bz.
ditto	2 M. 151½ bz.
London	3 M. 8 1/2 1/2 bz.
Paris	2 M. 80 1/2 bz.
Wien österr. Währ.	2 M. 80 1/2 bz.
ditto	2 M. 80 1/2 bz.
Augsburg	2 M. 58 1/2 G.
Leipzig	2 M. 58 1/2 G.
Frankfurt a. M.	2 M. 56 1/2 G.
Petersburg	3 W. 100 1/2 bz. 99 1/2 bz.
Warschau	8 T. 89 1/2 bz.
Bremen	18 T. 109 1/2 bz.

§ Breslau, 3. März. Wind: Süd-West. Wetter: regnigt. Ther-
mometer Früh 4° Wärme. Die Angebote waren heut reichlich, die Kaufkraft
zurückhaltend, die Preise weichend.

Weizen billiger erlassen; pr. 85spf. weißer 70—80 Sgr., gelber 65—
73 Sgr., feinsten über Notiz bezahlt. — Roggen beauptet; pr. 84spf. 50
—53 Sgr., feinsten bis 54 Sgr. — Gerste lau; pr. 70spf. weisse 40—
42 Sgr., gelbe 37—39 Sgr. — Hafer angeboten; pr. 50spf. schlechter 25—
27 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Desfaaten
wenig Umsag. — Schlaghefen rubig. — Rapsstuchen vernachlässigt; 48
—52 Sgr. pr. Ctr. — Lupinen 36—40 Sgr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.